



Die Sandanfuhr an den Cuxhavener Stränden (hier eine Aufnahme aus Duhnen) ist nur eine von vielen Leistungen, die mithilfe des Gästebeitrags finanziert werden. Foto: Reese-Winne

## Wie sehr darf man Gäste belasten?

### Streitpunkt Kurtaxe: Der von Urlaubern zu leistende Beitrag soll im kommenden Jahr erhöht werden

Von Kai Koppe

Cuxhaven. Der vormals als „Kurtaxe“ bekannte Gästebeitrag sollen im kommenden Jahr steigen. Das geht aus einer Verwaltungsvorlage hervor, die in dieser Woche erstmals in den Ratsgremien beraten wurde. Im Tourismusausschuss, der am Dienstag getagt hatte, zeichnete sich bereits ein Dissens zwischen SPD und Union ab. Es geht um die Frage, wie viel man Cuxhaven-Urlaubern finanziell zumuten will.

Beim Vorlagenstudium sei er erschrocken gewesen, bekannte CDU-Ratsherr Lars Birner. Die Gästebeitragskalkulation, über die in letzter Instanz der Rat beschließt, sieht vor, die Abgabe in der Hauptsaison und in Kurzone 1 auf einen Tagesbetrag von 3,80 Euro zu erhöhen. Bis dato mussten Übernachtungsgäste 60 Cent weniger entrichten, um die im Nordseeheilbad vorgehaltenen touristischen Infrastruktur mitzufinanzieren. Birner erinnerte daran, wie bereits um jene 3,20 Euro gerungen worden war - habe man doch seinerzeit bereits eine (3 Euro)-Schallmauer durchbrochen. „Und jetzt dieser Sprung. Das werden wir merken!“, prophezeite der selbst als Gastgeber tätige Ratsherr und sprach damit Befürchtungen an, die seine Fraktion bewogen, im Ausschuss mit „Nein“ zu stimmen. Der zahlende Gast, so die Überlegung, die auch die CDU-Tourismusfachfrau Beatrice Lohmann teilt, wird im 2023 aus vielfältigen Gründen den Gürtel enger schnallen müssen. Und deshalb besonders preissensibel reagieren. „Wir müssen aufpassen, dass wir die Kirche im Dorf lassen“, mahnte Lohmann. Denn im Unterschied zu anderen Destinationen - so der CDU-Hinweis - falle in Cuxhaven nicht nur Kurtaxe, sondern auch Übernachtungssteuer an.

Weil touristische Leistungen vor Ort nach dem Umlageprinzip finanziert werden, handelt es sich nicht um willkürlich festgelegte „Preise“. Hinter der Berechnung steht der von der Nordseeheilbad Cuxhaven GmbH (NHC) zu leistende, gästebeitragsfähige Aufwand, der sich gemäß einer Vorkalkulation für 2023 um rund drei Millionen (auf 12,8 Mio. Euro) erhöhen soll. Die CDU-Frage, ob die Tourismusgesellschaft tatsächlich alle Spar-Möglichkeiten ausgeschöpft habe, brachte am Dienstag die SPD auf die Palme: „Es ist nicht so, dass sie NHC leichtfertige oder sinnlose Ausgaben macht“, erwiderte Volker Kosch, der seinen Vorrednern entgegenhielt, dass es aufseiten der Cuxhaven-Urlauber schließlich auch „eine gewisse Erwartungshaltung“ zu bedienen gebe. Kosch sprach ferner davon, dass dem Tourismusbereich zugeschlagene Institutionen wie die „Elbe 1“ oder das Museum Windstärke X den Aufwand in die Höhe treiben. Ausschussvorsitzender Oliver Ebken ärgerte sich darüber, dass Lohmann Zweifel sähe, obwohl sie dem NHC-Kontrollgremium (nämlich dem Aufsichtsrat) doch selbst angehöre. „Wir haben dort keinen Vorschlag vernommen, dass dieser Ansatz geändert werden soll“, so Kosch, der die Gästebeitragssteigerung als schmerzhaft, aber alternativlos beschrieb.